

## **Position des Deutschen Führungskräfteverbandes ULA zur europäischen Schuldenkrise**

Deutschlands Fach- und Führungskräfte beobachten die politische Bewältigung der Schuldenkrise in Europa mit größter Sorge. Sie fordern die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, die Zukunftschancen und Handlungsspielräume künftiger Generationen der deutschen Bevölkerung nicht aus den Augen zu verlieren.

Insbesondere fordern sie Bundesregierung und Bundestag dazu auf,

- weitere Ermächtigungen für Bürgschaften für Kredite an die Krisenstaaten nur gegen verbindliche sanktionsbewehrte Auflagen und gegen die Übertragung von Sicherheiten zu beschließen,
- die Risiken immer höherer Bürgschaften für andere Länder in jedem Einzelfall gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung abzuwägen. Es sollte auch eine klare Grenze für die Hilfe an überschuldete Länder gezogen werden und somit auch ein Plan bereit stehen für den Fall, dass eine Rettung der Krisenstaaten über Bürgschaften einfach zu teuer wird,
- endlich auf die Europäische Union einzuwirken, dass sie wenigstens für die Zukunft die politische Verantwortung wahrnimmt, die sie für Europa trägt.

### **Begründung:**

Auch den Fach- und Führungskräften ist das weitere Gelingen der Europäischen Einigung ein sehr wichtiges Anliegen. Unbestritten ist, dass die in den letzten Jahrzehnten immer intensiver gewordene Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedsländern für Frieden und Wohlstand gesorgt hat. Dies muss auch in Zukunft trotz aller gegenwärtigen Probleme als dynamischer Prozess so bleiben.

Möglich ist das jedoch nur in einer stabilen und berechenbaren Wirtschafts- und Währungsordnung. Die Einführung einer Währungsunion ohne die gleichzeitige Installierung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik hat leider zu den Problemen geführt, die viele Pessimisten erwartet und vorhergesagt haben. Denn die Euro-Staaten haben zu unterschiedliche Auffassungen von Stabilität und sind in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu unterschiedlich.

Außerdem war es ein Fehler, die Maastrichter Stabilitätskriterien nicht mit klaren und den politischen Erwägungen entzogenen Sanktionen zu bewehren. Dieser Fehler ist zuerst zu korrigieren.

Ohne die vorgenannten Korrekturen wären auch bei einer Überwindung der aktuellen Krise die Anreize der gegenwärtigen Strukturen zu groß, schon bald wieder mit billigen Krediten konsumtive Ausgaben zu finanzieren.

Es erscheint derzeit unrealistisch, in der notwendigen Kürze der Zeit die Eurostaaten dazu zu bewegen, der EU mehr Einfluss auf ihre Haushaltspolitik einzuräumen, um so eine einheitliche stabilitätsorientierte Haushaltspolitik sicher zu stellen.

Vor diesem Hintergrund ergibt es keinen Sinn, die Krisenländer mit immer neuen Milliardenkrediten ohne konkrete Gegenleistungen zu unterstützen und damit den Druck auf Reformen zu verringern. Hinzu kommt, dass auch die Grenzen der – ebenfalls hoch verschuldeten – wirtschaftlich starken Länder schon bald erreicht sind.

Die Fach- und Führungskräfte fordern daher, dass der Deutsche Bundestag weitere Ermächtigungen für Bürgschaften für Kredite an die Krisenstaaten nur gegen verbindliche sanktionsbewehrte Auflagen sowie gegen die Übertragung von Sicherheiten, soweit vorhanden, beschließt. Diese Sicherheiten müssen natürlich allen helfenden Staaten in Höhe ihrer Anteile an den Hilfspaketen zur Verfügung stehen. Ihr Sinn besteht darin, eine langfristige Motivation zur Haushaltskonsolidierung aufrecht zu erhalten.

Die Führungskräfte fordern außerdem, dass demokratische Grundsätze unserer Verfassung und geschlossene Verträge eingehalten werden. So wurde die gemeinsame Währung mit der vertraglichen Abrede eingeführt, dass kein Mitgliedstaat des Euro-Raums für die Schulden eines anderen Mitgliedstaats haftet. In gleicher Weise wurde politisch versprochen, dass die EZB genauso unabhängig wie die Bundesbank und der Euro so stabil wie die DM sein werde.

Durch die Schaffung des Euro-Rettungsfonds und die Erweiterung des EFSF mit umfangreichen Ermächtigungen durch die Ratsbeschlüsse vom 21. Juli 2011 werden diese Grundlagen jedoch nicht mehr beachtet. Hinzu kommt, dass die Europäische Zentralbank durch den Ankauf von Staatsschulden der Krisenländer ihre Rolle als Hüterin der Geldwertstabilität verlassen hat und den Anschein erweckt, politischen Zielen entsprechend zu handeln.

Auch dies läuft den ursprünglichen Zielen und Verabredungen vollkommen zuwider, aufgrund deren die deutsche Bevölkerung die Einführung des Euro begrüßt hat.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Bundesregierung und die Europäische Union auf die Entwicklungen in den Krisenstaaten nicht früher politisch reagiert haben. Der Wirtschafts- und Finanzausschuss der EU hat die Aufgabe, die Wirtschafts- und Finanzlage der Mitgliedstaaten und der Union zu beobachten. Wo war dieser Ausschuss in den vergangenen Jahren? Was hat er Rat und Kommission berichtet? Was haben diese mit den Berichten gemacht? Welche Schlussfolgerungen haben sie aus ihnen gezogen? Aber schon allein die Maastricht-Kriterien hätten jederzeit einen mindestens politischen Ansatzpunkt für die ernsthafte Auseinandersetzung mit der Geld- und Wirtschaftspolitik der Krisenstaaten geboten.

„Im Hinblick auf das reibungslose Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion erlässt der Rat für die Mitgliedstaaten, deren Währung der EURO ist, Maßnahmen [...], um die Koordinierung und Überwachung ihrer Haushaltsdisziplin zu verstärken und für diese Staaten Grundzüge der Wirtschaftspolitik auszuarbeiten [...]“ Wo war dieses Instrument in den vergangenen Jahren? Wo war das politische Bemühen, diese Verantwortung mit Leben zu füllen?

Falsche Zahlen aus Griechenland sind keine ausreichende Ausrede für die nationalen und europäischen politischen Unterlassungen der letzten Jahre. Auch mit den gemeldeten Zahlen Griechenlands hätte eine andere politische Diskussion auf Ebene der EU geführt werden müssen. Und die anderen Krisenstaaten haben ja offenbar keine falschen Zahlen geliefert und auch deren Situation ist nicht über Nacht entstanden.

Bundesregierung und Bundestag werden nun mit Nachdruck aufgefordert, die Risiken immer höherer Bürgschaften für andere Länder in jedem Einzelfall gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung abzuwägen. Es sollte auch eine klare Grenze für die Hilfe an überschuldete Länder gezogen werden und somit auch ein Plan bereit stehen für den Fall, dass die Rettung der Krisenstaaten für ihre Retter schlicht zu teuer wird.

Der Deutsche Führungskräfteverband ULA fordert die Bundesregierung und die Europäische Union auf, ihre Verpflichtungen aus den europäischen Verträgen wahrzunehmen. Insbesondere sollte sie den Geist der Währungsunion als Stabilitätsunion ernst nehmen, politisch entsprechend zu agieren und sich nicht hinter fehlenden förmlichen Sanktionsmitteln zu verstecken.

Die Europäische Währungsunion bildete 1991 einen Kernpunkt in den Bestrebungen zur Errichtung eines in Form einer Wirtschafts- und Währungsunion geeinten Europa. Nicht die EU, nicht der Euro, sondern die Verschuldung und nicht erfüllte Versprechen sind das Kernproblem.

Gelingt es nicht, die Regeln für eine stabilitätsorientierte Wirtschafts- und Währungsunion zwischen allen Staaten zügig auszubauen und mit Leben im Geist der Verträge zu füllen, wäre dies vermutlich nicht das Ende der EU, aber ein herber Rückschlag. Die Rolle der EU in der Welt und ihre eigene innere Stärke würden in jedem Fall empfindlich und für lange Zeit geschwächt. Dies dürfen wir nicht zulassen. Viele haben lange und mit Herz und Überzeugung für das bereits Erreichte politisch gekämpft – zu Recht. Es gilt nun, den gemeinsamen Besitzstand zu verteidigen und auszubauen, damit Europa gestärkt aus der Krise hervorgehen kann.

---

Deutscher Führungskräfteverband ULA  
Kaiserdamm 31, 14057 Berlin / Postfach 191446, 14004 Berlin  
Telefon 030-306963-0 / Telefax 030-306963-13 / [info@ula.de](mailto:info@ula.de) / [www.ula.de](http://www.ula.de)

Ansprechpartner:  
Dr. Wolfgang Bruckmann (Präsident)  
Ludger Ramme (Hauptgeschäftsführer)